

Nr. 19/571 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Entwicklung des Theaters Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. Mai 2018
(Drucksache [19/786 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018
(Drucksache [19/824 S](#))
2. Das Theater stärken - das Publikum einbeziehen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Oktober 2018
(Drucksache [19/862 S](#))
3. Versorgungslücke und Trägerwettbewerb bei Assistenzkräften in der Inklusion
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Oktober 2018
(Drucksache [19/858 S](#))

Nr. 19/572 S

Fragestunde

1. Auswärtige Konkurrenz für Bremer Taxifahrer
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW
vom 30. Oktober 2018
2. Wie steht es um die Umsetzung des Bremischen Wohnraumschutzgesetzes (BremWoSchG)?
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 30. Oktober 2018
3. Klimafreundliche Erzeugung der Essensangebote in öffentlicher Gemeinschaftsverpflegung in Bremen vorantreiben!
Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Oktober 2018
4. Carsharing in Huchting – wann und wo?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. November 2018
5. Barrierefreiheit im Forum Am Wall endlich gewährleistet?
Anfrage der Abgeordneten Ingelore Rosenkötter, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 8. November 2018

6. Digitales Testfeld in den bremischen Häfen
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Jörg Kastendiek, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. November 2018
 7. Wie viele Menschen leben in Bremen auf der Straße?
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 13. November 2018
- Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
8. Mögliche Standorte für die Wagenburg-Crew Ölhafen
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 13. November 2018
 9. Anmeldeverfahren für das erste Schuljahr
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 14. November 2018
 10. Ridesharing – eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV?
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Heike Sprehe, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 20. November 2018
 11. Moscheen im Fokus des Verfassungsschutzes
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 20. November 2018
 12. Messung der Luftqualität in der Stadt Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 20. November 2018
 13. Hinweistafel zum „Lichtbringer“
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. November 2018
 14. Ist das Gymnasium Horn baulich fit für die Inklusion?
Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 26. November 2018
 15. Nachnutzung des „Blauen Dorfes“ in Vegesack
Anfrage der Abgeordneten Detlef Scharf, Silvia Neumeyer, Rainer Bensch, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. November 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/573 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Rot-Grüner Senat ohne Plan und Ziel – Investoren brauchen verbindlichen Rahmen für die Innenstadtentwicklung".

Nr. 19/574 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 10. Dezember 2018

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzzuweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben

Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 18. August 2017
(Drucksache [19/558 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen Kenntnis.

2. Gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzzuweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses vom 15. November 2018
(Drucksache [19/872 S](#))

Die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen im Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Empfehlungen des Rechnungshofs und der Gemeindeprüfung, wie in Nummer III Absatz 3 des Antrags beschrieben, umzusetzen und dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss jährlich über den Sachstand zu berichten.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

3. Flächennutzungsplan Bremen, 3. Änderung
Bremen-Sebaldsbrück (Umweltbildungszentrum Vahrer Feldweg)

Mitteilung des Senats vom 20. November 2018
(Drucksache [19/873 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 3. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen.

4. Bebauungsplan 2478 für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück zwischen Ludwig-Roselius-Allee, Im Holter Feld, Vahrer Feldweg und Vahrer Straße

Mitteilung des Senats vom 20. November 2018
(Drucksache [19/874 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2478.

Nr. 19/575 S

Erbpacht statt Veräußerung nutzen, um Immobilienerstellungskosten nachhaltig zu reduzieren – Ein neuer Weg zum bezahlbaren Wohnraum?

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 7. September 2018
(Drucksache [19/837 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018

(Drucksache [19/867 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/576 S

Erbbauzinssatz senken – für eine nachhaltige öffentliche Bodenpolitik!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Dezember 2018
(Neufassung der Drs. [19/877 S](#) vom 22. November 2018)
(Drucksache [19/886 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, den Zinssatz für die Vergabe von Erbbaurechten für Wohnungsbau und Gewerbenutzung mindestens auf die aktuelle Höhe des Zinssatzes für Immobilienkredite zu senken.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, für förderungswürdige Nutzungen wie sozialer Wohnungsbau oder Kleingewerbe besonders günstig gestaltete Erbbauverträge vorzusehen.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, sich bei der Vergabe von Flächen im öffentlichen Eigentum stärker als bisher auf das Instrument der Vergabe in Erbbaurecht zu orientieren.
4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis zum März 2019 der Stadtbürgerschaft über sein Handeln bezüglich der Punkte 1. bis 3. zu berichten.

Nr. 19/577 S

Verkehrskonzept Freimarkt überarbeiten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. November 2018
(Drucksache [19/882 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

vom 11. Dezember 2018

(Drucksache [19/893 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag auf Überweisung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis zum Frühjahr 2019 ein überarbeitetes Verkehrskonzept für den Freimarkt vorzulegen, das unter anderem folgende Punkte enthält:

1. In das Werbekonzept für den Freimarkt werden verbindlich dringliche Hinweise auf die Verkehrssituation rund um die Bürgerweide eingearbeitet und nachdrücklich auf die Möglichkeit des direkten Freimarktzugangs vom Nordausgang des Hauptbahnhofes, der Haltestelle Hermann-Böse-Gymnasium und Falkenstrasse/Findorfftunnel hingewiesen. Dabei wird auch auf die Verbindungen der Züge des Fern- und Nahverkehrs (unter anderem Regio-S-Bahn), die Bus- und Straßenbahnverbindungen als direktem Zugang zum Freimarkt nachdrücklich hingewiesen.
2. An Feiertagen und Wochenenden muss eine Ausweitung des Angebots von BSAG/VBN erfolgen. Ein gut kommuniziertes und nutzerfreundliches Park-and-ride-Konzept wird angeboten und überregional bekannt gemacht. Eine Erweiterung von Park-and-ride-Parkplätzen mit Shuttle-Verkehren wird angestrebt. Dazu wird die temporäre Zugänglichkeit des Bahngeländes über die Zufahrt Hemmstraße geprüft.
3. Der Bürgerpark wird durch effektive Sperrung von potenziellen Zufahrtswegen für Kfz nachdrücklich geschützt, die Zufahrt zur Gastronomie am Emmasee ist sicherzustellen.
4. Der alte Baumbestand im Uferbereich des Torfkanals wird in Abstimmung mit dem Beirat wirksam vor Schäden durch Parken geschützt.
5. Um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und Anwohnerinnen und Anwohner während der Freimarktszeit vor unzumutbaren Situationen zu schützen, werden die temporären Verkehrsregeln effektiv überwacht.
6. Für die unmittelbar angrenzenden Ortsteile Bürgerweide und Weidedamm werden für die Freimarktszeit verkehrslenkende Maßnahmen geprüft.
7. Für das Abstellen von Fahrzeugen der Schaustellerinnen und Schausteller wird rechtzeitig ein ausreichendes Angebot geschaffen.
8. Das Verkehrskonzept Freimarkt soll an die konkreten Erfordernisse für die Osterwiese und Großveranstaltungen auf der Bürgerweide angepasst und angewendet werden.

Nr. 19/578 S

Unterstützungsangebote für Geflüchtete in Wohnquartieren durch Personalverlegung ausweiten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. April 2018
(Drucksache [19/769 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein Konzept zu erstellen, wie die bisherigen Angebote zur Unterstützung von geflüchteten Personen in Unterkünften umgeschichtet werden können, um eine verbesserte Unterstützung im privaten Wohnraum anzubieten. Dabei soll Berücksichtigung finden,
 - dass die bestehenden Strukturen der Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler (SprInter) und der Anlaufstellen „Ankommen im Quartier“ (AiQ) auf weitere Kooperationsmöglichkeiten und daraus resultierenden Synergieeffekte überprüft werden,
 - dass in allen Stadtteilen entsprechend der Zuzüge ein Angebot wünschenswert ist und dass die wohnortnahen Angebote auch durch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bisher in den Übergangswohnheimen tätig waren, erbracht werden können.

2. das Konzept innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vorzulegen, inklusive Aussagen über die konkreten Umsetzungsschritte in den Stadtteilen und die Umschichtung der Finanzierung.

Nr. 19/579 S

Zusätzliche Hortgruppen zum Schuljahr 2019/2020 einrichten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. August 2018
(Drucksache [19/825 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/580 S

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Senats vom 14. August 2018
(Drucksache [19/827 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 6. November 2018

(Neufassung der Drucksache [19/848 S](#) vom 24. September 2018)
(Drucksache [19/871 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Mit Annahme der Drucksache 19/847 S hat sich die Drucksache 19/827 S erledigt.

Nr. 19/581 S

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte
vom 21. September 2018
(Drucksache [19/847 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte Kenntnis.

Nr. 19/582 S

Umgestaltung des Domshofs nicht länger aufschieben

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/778 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/583 S

Umgestaltung des Domshofs nicht länger aufschieben

Bericht der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft

vom 28. September 2018

(Drucksache [19/851 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Kenntnis.

Nr. 19/584 S

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes zur Einrichtung des Innovationsbereichs Sögestraße

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018

(Drucksache [19/866 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 19/585 S

Bebauungsplan 2474 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Alter Dorfweg und Kirchhuchtinger Landstraße

Mitteilung des Senats vom 20. November 2018

(Drucksache [19/875 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2474.

Nr. 19/586 S

Sturmgewehre und Co. raus aus den Privathäusern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 27. November 2018

(Drucksache [19/879 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, anlässlich der jährlich durchzuführenden Kontrollen der ordnungsgemäßen Aufbewahrung von Waffen und der damit einhergehenden Überprüfung der persönlichen Eignung zum Waffenbesitz bei halbautomatischen Langwaffen des Typs AR-15 ein Angebot zum Kauf dieser Waffen zum Marktwert abzugeben, sofern eine Einziehung der Waffen rechtlich nicht möglich ist. Das Kaufangebot soll unter dem Vorbehalt stehen, dass sich die betroffene Person verpflichtet, für einen Zeitraum von mindestens acht Jahren auf den Erwerb eines entsprechenden bauartähnlichen Ersatzmodells zu verzichten.

Nr. 19/587 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 33

vom 30. November 2018

(Drucksache [19/889 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/588 S

Ortsgesetz zur Änderung der Nutzungs- und Gebührenordnung der Übergangswohneinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/890 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 19/589 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/832 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. November 2018
(Drucksache [19/876 S](#))
2. Gewerbeflächenangebot, Bestandspflege und urbane Gebiete weiterentwickeln!

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. September 2018
(Drucksache [19/839 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. November 2018
(Drucksache [19/880 S](#))
3. Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 14. August 2017
(Neufassung der Drucksache [19/549 S](#) vom 8. August 2017)
(Drucksache [19/559 S](#))
4. Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen
Bericht der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 14. September 2018
(Drucksache [19/841 S](#))
5. Nutzt Bremen die Chancen der autonomen und digital vernetzten Mobilität?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 2. Oktober 2018
(Drucksache [19/852 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. November 2018
(Drucksache [19/881 S](#))

6. Wiedereröffnung des Brilltunnels ohne Denkverbote prüfen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. Oktober 2018
(Drucksache [19/853 S](#))
7. Einführung von Abbiegeassistenten: Bremen muss mit gutem Beispiel vorangehen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Oktober 2018
(Drucksache [19/857 S](#))
8. Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer und Fußgänger durch ein innovatives und smartes Warnsystem erhöhen – Einführung des Pilotprojektes „Bike-Flash“ in Bremen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Dezember 2018
(Drucksache [19/883 S](#))
9. Bremens Altstadt auch abends ins beste Licht rücken
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Oktober 2018
(Drucksache [19/864 S](#))
10. Kriminalprävention und Stadtentwicklung gemeinsam denken!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/878 S](#))